

Lübeck, 09.01.2020

Anfrage

Bearbeitung: Hans-Jürgen Martens (E-Mail: Telefon: 122-2372)

Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): öffentliche Rechtsberatung der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.01.2020	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

Es gibt Befürchtungen, dass die öffentliche Rechtsberatung der Hansestadt abgeschafft werden soll, weil die Einnahmen (25,- Euro bei nicht Leistungsberechtigten) Umsatzsteuer pflichtig sein könnten und der Personalaufwand für die Buchungen zu hoch sind.

Dazu habe ich folgende Fragen:

Stimmt es, dass die Rechtsberatung verändert oder ganz geschlossen werden soll?

Wie wäre diese Veränderung oder Schließung zu verhindern?

Würde dazu ein Bürgerschaftsbeschluss in Frage kommen?

Begründung:

Anlagen: